

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

<b>Beginn der Sitzung:</b>	20.00 Uhr
<b>Vorsitz:</b>	Hogg Werner, Präsident
<b>Protokoll:</b>	Müller Daniel, Sekretär Graf Arno, Sekretär-Stv.
<b>Stimmzähler:</b>	Larcher Adrian Wiederkehr Irene Wittwer Stephan
<b>Anwesend:</b>	36 Mitglieder
<b>Abwesend:</b>	
<b>Behördenvertreter:</b>	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Brunner Roger, Stadtrat Felber Johannes, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Schaeren Rolf, Stadtrat Tonini Esther, Stadträtin
<b>Weibeldienst:</b>	PS Wolf Michèle

## **U1.21. Kehrrichtabfuhr: Allgemeines, Gebühren**

### **Abgabe von Entsorgungsgutscheinen**

Postulat

Rolf Steiner, Mitglied des Gemeinderates, und 12 Mitunterzeichnende haben am 7. Oktober 2010 folgendes Postulat eingereicht:

*"Der Stadtrat wird ersucht, sich bei der Limeco dafür einzusetzen, dass den Haushalten im Entsorgungsgebiet pro Jahr ein oder mehrere Gutscheine abgegeben werden, die die kostenlose Entsorgung von Abfällen aus den Kategorien Kehrrecht, Sperrgut, vermischte Abfälle, unbrennbare Abfälle und Alteisen (wohl eher Altmetall) direkt im Kehrrecht Heizkraftwerk ermöglichen.*

*Begründung:*

*Eine analoge Regelung gilt für alle Haushalte der Stadt Zürich, dort werden jedes Jahr pro Haushalt vier Gutscheine abgegeben. Nachdem es der Limeco erfreulicherweise möglich war, den Preis des regionalen Kehrrechtsacks zu senken, könnte mit dieser Massnahme eine weitere Gelegenheit geschaffen werden, "wilde" Entsorgungen zu verhindern und die Estriche und Keller regelmässig zu entrümpeln.*

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

*Der Wert der Gutscheine könnte Fr. 30.00 betragen, dies ist der Betrag, der die Entsorgung von 110 kg Abfällen kostet und der jeweils minimal verrechnet wird. Sie könnten für die Stadt Dietikon in den Abfallkalender integriert werden, so entstehen für die Verteilung keine zusätzlichen Kosten."*

## Mitunterzeichnende:

Anton Kiwic  
Catherine Peer  
Angela Gullo  
Ueli Bayer

Peter Wettler  
Lucas Neff  
Samuel Spahn  
Philipp Müller

Ernst Joss  
Martin Romer  
Thomas Wirth  
René Stucki

## **Begründung:**

*Rolf Steiner (SP)* erklärt, dass vor einigen Tagen den Haushaltungen der Stadt Zürich eine Broschüre zum Thema Entsorgung zugestellt wurde. Sie enthielt auch vier Entsorgungsgutscheine für je 100 kg, womit die Bevölkerung Abfall gratis entsorgen kann. Es stellte sich für den Postulanten die Frage, ob die Limeco, welche in Dietikon für die Kehrichtentsorgung zuständig ist, sich auch ein solches Angebot vorstellen könnte. Als Parlamentarier kann man diesbezüglich nur eine Anfrage an den Stadtrat richten. Das Parlament entscheidet heute darüber, ob der Stadtrat zu dieser Thematik vertiefte Abklärungen vornehmen soll. Offenbar möchte der Stadtrat dies nicht und lehnt eine Überweisung des Postulates ab. Trotzdem wäre es für viele Einwohner in Dietikon eine gute Sache, wenn sie ihren Abfall, der Keller und Estrich versperrt oder sogar illegal entsorgt würde, mittels Gutscheinen in der Kehrichtverbrennung kostenlos abgeben können. Man kann dagegen einwenden, dass es zu teuer sei, was aber nicht sicher ist. Wie viele Gutscheine tatsächlich eingelöst würden, ist beispielsweise unklar. Die Entsorgungsgutscheine bewirken auch mehr Platz in den Gebäuden, der in einem Ernstfall auch der Feuerwehr zugutekommt. Bezüglich Brandschutz ist der Abfall in den Kellern zweifellos ein Thema. Was für die Stadt Zürich gut ist, ist für das Limmattal schon lange gut. Das Atelier23 könnte solche Gutscheine auch annehmen. Weil die Limeco nicht nur für Dietikon tätig ist, könnten vielleicht auch andere angeschlossenen Gemeinden die Idee übernehmen. Entsprechende Abklärungen würden sich lohnen. Dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen will, grenzt schon fast an Arbeitsverweigerung.

## **Diskussion:**

*Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani* erklärt als ehemaliger Infrastrukturvorstand, dass die Haltung des Stadtrates nichts mit Arbeitsverweigerung zu tun hat und auch nicht damit, dass man es nicht abklären wollte. In diesem Fall ist es aber ein Vorteil, dass der Stadtrat direkte Verbindungen zur Limeco hat. Auch in der Adventszeit können nicht alle Wünsche erfüllt werden. Es ist vor allem eine finanzielle Frage. Im Entsorgungsgebiet befinden sich 7'000 Haushalte, bei 5 Gutscheinen pro Haushalt ergäbe das 35'000 Gutscheine, was letztlich ein Betrag in Millionenhöhe ausmacht. Die Gebühren werden für das gesamte Einzugsgebiet festgelegt. Die Vorschriften der Interkommunalen Anstalt Limeco gelten für alle angeschlossenen Gemeinden. Am Ende der Lebensdauer einer Anlage ist vorgeschrieben, dass die Trägerschaften 35 % des Aufwandes übernehmen müssen. Eine neue Anlage kostet ungefähr 200 Mio. Franken. Der Anteil von 35 % macht rund 70 Mio. Franken aus. Im vergangenen Jahr wurde ein Gewinn von 3.5 Mio. Franken erzielt. Wenn man Entsorgungsgutscheine abgeben will, müssen die Gebühren erhöht werden, weil sie anders nicht finanzierbar wären. Das könnte aber tendenziell dazu führen, dass Abfall vermehrt illegal entsorgt würde. Was für Zürich gilt, gilt wirklich nicht für Dietikon. Bei der Limeco finden derzeit 150 Anlieferungen statt. Nach Abgabe von Gutscheinen kämen etwa 120 dazu. Der Platz für diesen Zusatzverkehr ist nicht vorhanden. Ausserdem sprechen Sicherheitsgründe dagegen. Man kann nirgends anbauen oder zusätzliche Verkehrsfläche generieren. Aktuell sind zwei Platzwarte angestellt. Mit zusätzlichen An-

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

lieferungen müssten neu vier Personen angestellt werden. Die Infrastrukturkosten würden um ungefähr Fr. 200'000 zunehmen, weil erhebliche Umstrukturierungen und Umgestaltungen nötig wären. Der Aufwand muss von den Trägergemeinden übernommen werden. Aus diesen Gründen lehnt der Stadtrat die Übernahme des Postulats ab.

## **Abstimmung:**

Der Gemeinderat beschliesst mit 19 : 15 Stimmen:

Das Postulat von Rolf Steiner und 12 Mitunterzeichnenden betreffend Abgabe von Entsorgungsgutscheinen wird nicht überwiesen.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 21 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Rolf Steiner, Sonneggstrasse 10, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

## **S1.061. Einzelne Schulen, Fächer, Kurse und Lehrstellen**

### **Computerkonzept Schule Dietikon**

Interpellationsantwort

Martin Romer, Mitglied des Gemeinderates, und 2 Mitunterzeichnende haben am 12. April 2010 folgende Interpellation eingereicht:

*"Mit dem Beschluss des Gemeinderates vom 25. September 2008 sowie der Gemeindeabstimmung vom 30. November 2008 wurde das Computerkonzept für die Schule Dietikon angenommen. Es wurden Fr. 2'182'653.00 sowie wiederkehrende, jährliche Kosten von Fr. 526'980.00 bewilligt. Rund einviertel Jahre nach dieser Entscheidung geben Rückmeldungen von Lehrpersonen mindestens zu denken, wenn nicht Anlass zur Besorgnis.*

*Ich bitte die Schulpflege um die Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Was hat die Schulpflege Dietikon bezüglich Controlling unternommen, um die Umsetzung des Computerkonzepts zu begleiten, um schlussendlich das theoretische Konzept erfolgreich in die Praxis zu überführen?*
- 2. Wie wird von der Schulpflege die Umsetzung vom Konzept in die Praxis aktuell beurteilt?*
- 3. Wie beurteilt die Schulpflege die qualitative Arbeitsleistung bei Installation, respektive Einführung des neuen Computerkonzepts sowie die aktuelle Supportleistung der Stelle OIZ der Stadt Zürich?*
- 4. Wie und wann wurden die Lehrpersonen befragt, ob das neue Konzept den Anforderungen gerecht wird und, wenn eine solche Benutzerumfrage lanciert wurde, welche Resultate ergaben die Umfrageauswertungen?*

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

5. *Wie wird aus der Benutzersicht der Lehrpersonen und der Schüler die Verfügbarkeit, die Bedienerfreundlichkeit, die Hard- und Software sowie die Zugriffsgeschwindigkeit zum System beurteilt?*
6. *Was hat die Schulpflege bis heute alles unternommen bei allfällig negativen Rückmeldungen von Lehrpersonen bezüglich Benutzerschwierigkeiten mit dem neuen Computersystem?*
7. *Was hat die Schulpflege vorausschauend vorgesehen, falls das Konzept in der Praxis aktuell (noch) nicht allen notwendigen Anforderungen entspricht bzw. solche allfällige Schwierigkeiten umgehend zu beheben?"*

Mitunterzeichnende:

Ueli Bayer

Philipp Müller

Allgemeines: Die Interpellation befasst sich mit der Umsetzung und den ersten Erfahrungen des Computerkonzeptes, was bereits bei den Beratungen der GPK zum Geschäftsbericht 2009 im Frühsommer 2010 einen Schwerpunkt bildete.

Die Schulpflege hat die einzelnen Fragen der Interpellation mit Beschluss vom 28. Juni 2010 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1: Die Schule Dietikon hat kein theoretisches, sondern ein bereits erprobtes, gut funktionierendes Projekt der Stadt Zürich - in einem mehr als zehnmals grösseren Umfang an Geräten und Nutzern - übernommen. Die Schule Dietikon wusste von Anfang an, was sie bekommen wird, und der Projektverantwortliche hat die Einführung des Projekts mit grossem Engagement begleitet.

Zu Frage 2: Die Schulpflege erachtet die Umsetzung des Projekts als gelungen. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus zwei Mitgliedern der Schulpflege und sieben Lehrpersonen (Informatikkustoden) aus allen Schuleinheiten haben in den Jahren 2006 und 2007 - seit Beginn - das Projekt begleitet. Der Umfang und Inhalt des Projekts war bekannt. Die Sekundarstufe war mit zwei Lehrpersonen in dieser Begleitgruppe vertreten.

Zu Frage 3: Die Schulpflege ist mit der Einführung durch das OIZ sehr zufrieden. Bei den baulichen Massnahmen wurde grosses Augenmerk auf Qualität und Stand der Technik gesetzt. In beiden Punkten sind die Erwartungen erfüllt worden.

Zu Frage 4: Weil das Projekt erst kürzlich abschliessend umgesetzt worden und die Schulung der Lehrpersonen noch nicht abgeschlossen ist, wurde noch keine flächendeckende Benutzerumfrage durchgeführt.

Zu Frage 5: Die Schulpflege weiss, dass vor allem die Zugriffsgeschwindigkeit beanstandet wurde. Aber die Stadt Zürich kennt diese Situation ebenfalls.

Zu Frage 6: Bezüglich Benutzerschwierigkeiten hat der Projektverantwortliche keine negativen Rückmeldungen erhalten. Die als KIDS-Supporter eingesetzten Lehrpersonen sind frühzeitig ausgebildet worden und lösen allfällige Probleme in den Schuleinheiten. Durch eine mehrstufige Ausbildung aller Lehrpersonen - noch nicht ganz abgeschlossen - können kleinere Probleme selber oder durch die Supporter gelöst werden. Bei grösseren Problemen nehmen die Supporter mit dem OIZ Kontakt auf. Das OIZ ist während der Unterrichtszeiten immer und teilweise sogar rund um die Uhr erreichbar.

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

Zu Frage 7: Das Projekt Dietikon entspricht den Vorgaben und in der Anwendung jene der Stadt Zürich, zum Teil hat die Schule Dietikon diesen Stand in verschiedenen Punkten sogar überschritten. Wünsche gibt es natürlich viele. Wie weit diese aber auch von Dietikon finanzierbar sind, bleibt offen. Alles in allem hat die Schule Dietikon mit dem Anschluss an die OIZ der Stadt Zürich eine zeitgemässe Informatik-Infrastruktur mit entsprechender Software und einer umfassenden Schulung der Lehrpersonen erhalten.

## Diskussion:

*Martin Romer (FDP)* stellt fest, dass die Interpellationsfragen offenbar verschiedene Personen sehr verärgert haben. Die Schulpflege oder das Computerkonzept zu hinterfragen, sei eine Frechheit. Seine Wahl in den Gemeinderat sieht der Interpellant nicht darin, sich bequem einzurichten und seine Fahne in den Wind zu stellen. Wenn nötig ist er unbequem und geht der Sache nach, wenn etwas mutmasslich nicht so funktioniert, wie es sollte.

Bei der Beantwortung der ersten Frage verweist die Schulpflege auf ihre Kernkompetenz. Man wird belehrt, dass es sich um ein erprobtes PC-Konzept und nicht um ein theoretisches Konzept handelt. Theoretisch könnte man praktisch darlegen, wie es sich bei einem Planungsprozess verhält, auch bei einem erprobten Konzept. Doch praktisch wäre das nur Theorie, weshalb Martin Romer die Wortklauberei sein lässt. Eine "transitorische" Wegschiebung der Verantwortung ist dem Satz "die Schule hätte von Anfang an gewusst, was sie bekommen würde" zu entnehmen. Ist damit zu verstehen, dass nun die Schule, also die Lehrer und Schüler, sogar selber schuld sind, denn sie haben ja gewusst, was sie erhalten. Bezüglich der Frage nach dem Controlling durch die Schule wird lediglich mitgeteilt, dass der Projektverantwortliche mit viel Engagement tätig war. Das enthält noch keine Angaben zum Controlling als solches. Die Fragen 2 und 3 sind unklar, ausweichend oder gar nicht beantwortet. Bei der vierten Frage wird erneut erklärt, wie zufrieden man mit dem PC-Konzept ist und dass sich die Schulpflege zu einer derart guten Beurteilung befähigt fühlt. Gleichzeitig wird aber festgestellt, dass das Projekt erst kürzlich abgeschlossen und noch keine flächendeckende Umfrage lanciert wurde. Auf welcher Grundlage basiert denn die eindringliche Überzeugung, es sei alles sehr zufriedenstellend? Insgesamt ist festzustellen, dass die Fragen und fast alle Teilfragen, beantwortet wurden, aber die Aussagen doch nicht wirklich Antworten auf die gestellten Fragen sind.

Abschliessend gibt der Interpellant seiner Enttäuschung Ausdruck, dass innerhalb von 2 ½ Monaten Beantwortungszeit keine fundierteren Aussagen entstanden sind. Seine Zweifel seien damit in dieser Angelegenheit überhaupt nicht ausgeräumt, sondern verstärkt oder gar bestätigt. Es ist der Schulpflege nicht gelungen, glaubhaft darzulegen, dass sie wirklich Bescheid weiss, ob das Konzept nun zufriedenstellend läuft oder nicht.

Die Schulpflege wirkt mit ihrer Antwort abgehoben, elitär, bisweilen arrogant und ist nicht in der Nähe ihrer Mitarbeitenden in den Schulhäusern. Die Fähigkeit zur Selbstkritik der Schulpflege hat deutliches Verbesserungspotenzial. Ein Vergleich mit der Stadt Zürich ist nicht grundsätzlich falsch. Er soll hingegen auch nicht als Ausrede gelten. Ob das Milizgremium Schulpflege seinen Aufgaben gewachsen ist, ist zu bezweifeln. Der neu eingesetzte Schulvorstand wird gebeten, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen, sodass sich alle Lehrpersonen, möglichst anonym, zum PC-Konzept äussern können. Falls der Interpellant mit seinen Eindrücken falsch liegt, entschuldigt er sich bereits jetzt dafür – ebenfalls "transitorisch".

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

**L2.41.Oef. Öffentliche Anlagen und Spielplätze**

**Ordnung auf öffentlichen Grillplätzen**

Interpellationsantwort

Trudi Frey, Mitglied des Gemeinderates, und 13 Mitunterzeichnende haben am 1. Juli 2010 folgende Interpellation eingereicht:

*"Die stark frequentierten Grillplätze, insbesondere in der Grunschen, werden bei schönem Wetter, an Wochenenden und an Feiertagen stark mit Unrat in aller Form verschmutzt hinterlassen. Die grosse Ansammlung von Personen beginnt bereits früh am Morgen, dauert oft bis spät am Abend und ist mit starkem Lärm verbunden. Viele kommen mit dem Auto, missachten Fahrverbote zum Grillplatz und parkieren ihr Auto ganztags in angrenzenden Strassen und behindern damit Zugang und Durchfahrt in die Quartiere.*

*Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Wie will der Stadtrat künftig Recht und Ordnung auf öffentlichen Grillplätzen durchsetzen?*
- 2. Was unternimmt der Stadtrat, um die Lärmbelästigung sowie das Parkplatzproblem in den Quartierstrassen zu lösen?*
- 3. Wie hoch sind die zusätzlichen Kosten an Samstag/Sonntag/Feiertage für die Abfallbeseitigung?*
- 4. Werden Litteringvergehen und Verstösse gegen das Abfallgesetz auf öffentlichen Grillplätzen konsequent geahndet?"*

Mitunterzeichnende:

Roger Bachmann  
Markus Erni  
Stephan Wittwer  
Esther Wyss  
Philipp Müller

Irene Wiederkehr  
Jörg Dätwyler  
Florian Alfons  
Ralph Hofer

Erich Burri  
Werner Lips  
Rochus Burtscher  
Ueli Bayer

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Auf den öffentlichen Grillplätzen gelten die Regeln für das friedliche Zusammenleben, wie sie in der städtischen Polizeiverordnung festgehalten sind. Die Polizei ist im Rahmen der Patrouillentätigkeit regelmässig auf den öffentlichen Grillplätzen präsent. Übertretungen werden bereits heute und auch zukünftig entsprechend geahndet. Sauberkeit und betrieblicher Unterhalt der öffentlichen Grillplätze werden durch den Werkhof sichergestellt, welcher seit zwei Jahren mit einer ausserordentlichen Wochenendreinigung verstärkt wird.

Zu Frage 2: Grundsätzlich ist störender Lärm durch zumutbare Vorkehrungen oder durch rücksichtsvolles Benehmen zu vermeiden. Dies gilt insbesondere in der Nacht und an öffentlichen Ruhetagen. Verstösse gegen diese Lärmschutzbestimmungen werden von der Polizei geahndet. Gleiches gilt für Übertretungen von Parkiervorschriften. Im Rahmen der Parkraumkontrollen, welche seit Juni weiter intensiviert wurden, werden fehlbare Automobilisten bei Grillplätzen gleich wie im übrigen Stadtgebiet gebüsst. Der Mehrverkehr im Zusammenhang mit dem Grillplatz Grunschen wirkt sich insbesondere auf die Stoffelbachstrasse aus. Die Strasse ist mit einem Fahrverbot für Motorwagen und Motorräder mit Vermerk "Zubringerdienst gestattet" signalisiert. Eine Reduktion des durch den Grillplatz verursachten Verkehrs an der Stoffelbachstrasse liesse sich mit einem allgemeinen Fahrverbot

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

oder mit einem Parkverbot erreichen, welches jedoch auch für alle anderen Zubringer und Anrainer Gültigkeit hätte.

Zu Frage 3: Die Personalkosten für die zusätzlichen Wochenendreinigungen belaufen sich auf rund Fr. 32'000.00 (ohne Lohnnebenleistungen). Dabei ist neben der Reinigung der Grill- und Spielplätze auch die Zentrumsreinigung am Wochenende inbegriffen. Nicht berücksichtigt sind die Kosten für die Abfallbeseitigung und -verwertung. Diese Kosten fallen unabhängig von der Wochenendreinigung an.

Zu Frage 4: Das nachgewiesene Verunreinigen des öffentlichen Grundes und das illegale Entsorgen von Abfall werden konsequent gebüsst bzw. verzeigt. Die Stadtpolizei ahndet Littering im Rahmen der ordentlichen Patrouillentätigkeit sowie mit gezielten Schwerpunktaktionen an neuralgischen Punkten. Allerdings muss der entsprechende Nachweis für das Liegenlassen von Abfällen gelingen. Konkret muss die Person, welche Littering begeht, von den Ordnungskräften in flagranti erwischt werden. Gemäss Statistik der Stadtpolizei werden Littering-Bussen überwiegend wegen Spucken oder Wegwerfen von Zigarettenstummeln ausgesprochen. Bei liegen gelassenem Abfall ist die Eruiierung des Verursachers häufig viel schwieriger. Entsprechend aufwendig ist das entsprechende Feststellen und Rapportieren durch den Werkhof und das Amt für Umwelt und Gesundheit. Bereits heute wird die Präventions- und Sicherheitsarbeit der Polizei an neuralgischen Punkten (Limmatweg, Zentrum, Skaterpark, Färberhaus) durch einen privaten Sicherheitsdienst unterstützt. Dieser Sicherheitsdienst ist in den Sommermonaten auf die öffentlichen Grillplätze ausgedehnt worden.

## **Diskussion:**

*Trudi Frey (SVP)* meint, dass wir nach dreijähriger Abfallkampagne, welche das Abfallproblem hätte bekämpfen sollen, in Dietikon einen mässigen Erfolg erreicht haben. Sie bedankt sich dennoch für die Beantwortung der Interpellation.

*Max Wiederkehr (CVP)* erklärt, dass das Beispiel Grunschen zeige, dass die Dietiker Bevölkerung das Angebot im Sommer rege benützt. Das Holz müsste an den Grillstellen eigentlich bereitgestellt werden, damit sich die Leute nicht bei den Familiengärten bedienen. Im vergangenen Sommer haben die Benutzer der Grillstellen – im Gegensatz zu früher – weniger Abfälle auf dem Platz entsorgt. Es wurde auch weniger Hauskehricht entsorgt. Dennoch sind die in der Antwort erwähnten hohen Kosten inakzeptabel. Wer Gastrecht auf dem Grillplatz hat, soll diesen wieder sauber verlassen. In den Bergen gibt es keine Abfallbehälter, dort liegen aber keine Abfälle herum. Auf unseren Grillplätzen sind die Abfallbehälter zu entfernen und eine Tafel aufzustellen, der Abfall sei nach Hause mitzunehmen.

## **V2.213. Limmattalbahn**

### **Linienführung Stadtbahn Limmattal**

#### Interpellation

Cécile Mounoud, Mitglied des Gemeinderates, und 4 Mitunterzeichnende haben am 29. Oktober 2010 folgende Interpellation eingereicht:

*"Die Stadtbahn Limmattal bietet Dietikon grossartige Chancen und würde einen Beitrag zu Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf den öffentlichen Verkehr leisten.*

*In der Kleinen Anfrage vom 21. Dezember 2009 betreffend Linienführung Stadtbahn Limmattal schrieb der Stadtrat, er werde im Februar 2010 entscheiden, welche "Linienführung der*

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

*Limmattalbahn seitens der Stadt bevorzugt wird." Seitdem ist jedoch nichts geschehen. Ein derartiges Hinauszögern der Entscheidung führt zu Spekulationen über die mögliche Linienführung und schwächt den Rückhalt in der Bevölkerung für das wegweisende Projekt. Der Stadtrat wird deshalb dringend gebeten, darzulegen, wie er bei der Evaluation der geeigneten Linienführung vorgehen will.*

1. *Nach welchen konkreten Kriterien (z. B. Erreichbarkeit von wichtigen öffentlichen Gebäuden, erwartete Anzahl der Fahrgäste etc.) werden die Varianten beurteilt?*
2. *Welche Rolle spielen zukünftige Siedlungen (Limmatfeld, SLS und Niderfeld) in der Diskussion um die Linienführung? Gibt es hierzu schon Grundsatzentscheidungen, die einen wichtigen Einfluss auf die Linienführung haben?*
3. *Welche Varianten stehen heutzutage zur Diskussion?*
4. *Welche Nachteile haben die einzelnen Varianten?*
5. *Mit welchen Massnahmen möchte der Stadtrat diesen Nachteilen entgegenwirken?*
6. *Je mehr Zeit verstreicht, desto mehr erhält die Bevölkerung den Eindruck, der Stadtrat stünde nur halbherzig hinter dem Projekt. Ein Hinauszögern verhindert auch, dass dieses für Dietikon absolut wichtige Projekt unter Beteiligung der Parteien und Interessengruppen diskutiert werden kann. Bis wann wird der Stadtrat seine bevorzugte Linienführung inkl. Begründung definitiv bekannt geben?*
7. *Bei einer abweichenden Linienführung müsste auch der Richtplan geändert werden. Wie viel Zeit rechnet der Stadtrat für eine Richtplanänderung ein?*
8. *Welche nächsten Schritte plant der Stadtrat in Bezug auf die Entscheidungsfindung?*
9. *Welche Massnahmen gedenkt der Stadtrat zu treffen, damit die Stadtbahn auch bestmöglich ans VBZ-Netz angeschlossen ist?"*

Mitunterzeichnende:

Pius Meier  
André Arnet

Gabriele Olivieri  
Max Wiederkehr

**Begründung:**

*Cécile Mounoud (CVP) erklärt, dass die Limmattalbahn eine bessere Verkehrserschliessung bewirken und auch einen Teil des motorisierten Verkehrs auf die Schiene verlegen soll. Für dieses Projekt gibt es Gegner und Befürworter. Die Bahn ist eine grosse Chance für Dietikon. In Zukunft wird die Erweiterung des Schienennetzes zusätzliche Gebiete erschliessen. Warum denken viele Leute negativ über das Projekt? An der kürzlich durchgeführten öffentlichen Veranstaltung wurden Informationen vermittelt. Doch wo die Bahn durchfährt, ist immer noch offen, weil man die Bevölkerung viel zu lange nicht aufgeklärt hat. Die Bahn wird viele Einwohner von Dietikon betreffen, weil sie vor ihrer Haustüre durchfahren wird. Das löst grosse Unsicherheit aus. Der Stadtrat muss die Bevölkerung besser informieren. Der ZVV wartet auf die Entscheidung des Stadtrates. Es reicht nicht mehr, zu sagen, es kristallisiert sich eine Linienführung heraus. Man soll der Bevölkerung sagen, dass aktiv an diesem grossen Projekt gearbeitet wird.*

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

Ratspräsident Werner Hogg stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

## V2.6. Regional- und Ortsverkehr

### Verkehrs-Charta

#### Postulat

Peter Wettler, Mitglied des Gemeinderates, und 5 Mitunterzeichnende haben am 4. November 2010 folgendes Postulat eingereicht:

*"Ich lade den Stadtrat ein, eine Stadt-Verkehrs-Charta für Dietikon auszuarbeiten und der Verkehrs-Charta der Städte beizutreten, wie das in unserem Kanton Winterthur und Zürich bereits getan haben.*

*Städte stehen vor grossen verkehrspolitischen Herausforderungen und drohen am Verkehrszusammenbruch zu ersticken. Gefragt sind Lösungen für eine nachhaltige, umwelt- und stadtverträgliche Entwicklung des Verkehrs, welche die Lebensqualität in den Städten verbessern und langfristig sichern, ohne gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung zu unterbinden.*

*Die Leitgedanken der Charta bestehen darin, umweltfreundliche Verkehrsarten zu fördern, auf den Umgang mit begrenzten Ressourcen zu achten und die Wohnqualität in den Städten zu erhöhen. Zu diesem Zweck haben sie Grundsätze formuliert, Leitlinien und Massnahmen für die Verkehrsarten bestimmt und diese in der "Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität" festgehalten. Ziel ist es, bei den Kantonsparlamenten und beim Bundesparlament zu Anliegen der Verkehrsplanung besser Gehör zu finden. Um diesen Aspekt zu stärken, werden weitere Städte eingeladen, der Charta beizutreten."*

#### Mitunterzeichnende:

Rolf Steiner  
Ernst Joss

Catherine Peer  
Rosmarie Joss

René Stucki

#### **Begründung:**

*Peter Wettler (SP) erläutert, dass vor vier Wochen die Städte Basel, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich den Verein "Städtekonferenz Mobilität" gegründet haben. Sie wollen damit die verkehrspolitischen Herausforderungen, die auf die Städte und Agglomerationen zukommen, vereint und gemeinsam angehen. Dabei steht die Verbesserung der Lebensqualität in den Städten ebenso im Zentrum wie Lösungen für eine umwelt- und stadtverträgliche Entwicklung des Verkehrs, ohne dabei die wirtschaftliche Entwicklung zu unterbinden. Das ist wichtig und richtig und entspricht eigentlich auch weitgehend dem Claim der Stadt Dietikon.*

*Die genannten fünf Städte sind auch die Erstunterzeichner der "Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität" des Schweizerischen Städteverbandes, bei dem auch Dietikon Mitglied ist. Weil im Stadtraum die weitere Entwicklung des Verkehrs an Grenzen stösst, will der Städteverband mehr Einfluss auf den Bund nehmen. Er hofft, dass möglichst viele Städte der Charta beitreten, damit der Verband mehr politischen Druck auf die eidgenössischen Räte erzeugen kann. Der Städteverband wehrt sich insbesondere auch gegen eine Lastenverschiebung von Infrastrukturvorhaben von Bund und Kantonen auf die kommunale Ebene und erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass 84 % der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz in städtischen Räumen erbracht werden.*

In der Stadt Dietikon sollen in den nächsten 10 bis 15 Jahren 8'500 neue Arbeitsplätze und Wohnun-

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

gen für 6'500 Einwohnerinnen und Einwohner entstehen. Bei solchen Zahlen fragt man sich, ob wir nicht bereits an die Grenzen der Mobilität gestossen sind. Sicher ist, dass vom Fussgängerverkehr über den motorisierten Individualverkehr bis zur Stadtbahn alle möglichen Verkehrsträger geprüft und gefördert werden müssen. Wenn der Satz "Wer Strassen baut, wird Autoverkehr ernten" zutrifft, dann trifft auch der Satz zu "Wer zusammenhängende und sichere Velowege baut, wird mehr Veloverkehr ernten." Weil die Basler Velowege getrennt vom motorisierten Verkehr verlaufen, ist es beispielsweise einer 84-jährigen Frau möglich, ihre täglichen Einkäufe noch mit dem Velo zu erledigen. Die Strecke Zürich - Baden ist ein velofreundliches Gelände.

Im Glanzenberg ist der Park&Ride-Parkplatz gut frequentiert. Ein Ausbau könnte ins Auge gefasst werden. Die Verlängerung der BDWM-Strecke in das SLS-Gebiet wäre ebenfalls eine zu prüfende Option, selbst mit einer S-Bahn Station Silbern. Begegnungszonen im Zentrum, also die friedliche Koexistenz aller Verkehrsteilnehmer auf tiefem Geschwindigkeitsniveau, tragen ebenfalls zu einer Verflüssigung des Verkehrs bei, so wie auch eine bessere technologische Steuerung mehr Transporteffizienz bringen würde, was allerdings in den Aufgabenbereich des Kantons fällt.

## Diskussion:

*Stadtpräsident Otto Müller* erwähnt die Mitgliedschaft Dietikons im Schweizerischen Städteverband. Damit ist ein Schulterschluss der Städte sichergestellt. Wir haben selber eine Art Verkehrscharta. Sie ist anlässlich eines Wettbewerbes der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) entstanden. Darin sind konkret auf Dietikon bezogene gute Ansätze enthalten. Das Postulat für eine Charta beinhaltet die allgemeinen Grundsätze der Verkehrspolitik. Festlegungen zu Veloverkehr, private öffentliche Abstellanlagen und Aussagen zum öffentlichen Verkehr sind in Dietikon schon weitgehend umgesetzt. Dass der MIV nicht weiter zunehmen soll, ist ebenfalls bereits Teil der Strategie, welche die Stadt verfolgt. Eine Unterzeichnung der Charta bringt die Stadt Dietikon nicht weiter. Es sind Grundsätze, die wir ohnehin verfolgen. Die grossen Städte haben über ihre Parlamentarier Einfluss in Bern. Verkehrsmassnahmen der Kernstädte sind nicht immer im Interesse der umliegenden Städte. Unter Umständen haben wir in der Agglomeration dadurch mehr Verkehr. Es ist daher sinnvoller, wenn Dietikon die eigene "Charta" weiter entwickelt.

*Philipp Müller (FDP)* stellt fest, dass die städtische Mobilität nachhaltig sein muss. Ein attraktives und zusammenhängendes Velonetz ist gut und sicherlich von niemandem bestritten. Die Festlegungen der Charta sind alle sehr allgemein gehalten. Auch darum ist die Charta sehr ungeeignet, dem Stadtrat Verpflichtungen aufzuerlegen. Wir können beispielsweise auch nicht eine Charta für schönes Wetter ausarbeiten. Das wäre zwar schön, aber es würde Diskussionen darüber geben, wer was genau darunter versteht. Die FDP sieht in diversen Punkten Handlungsbedarf. Man will fließende Velowege und flüssigen Verkehr ohne Stau. Die Probleme sollten einzelfallweise gelöst werden. Die entsprechenden Diskussionen sind zu führen und sollen zu Lösungen führen. Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat nicht.

*Josef Wiederkehr (CVP)* erklärt, dass der Verkehr in Dietikon seit Jahrzehnten ein Thema ist und uns noch lange beschäftigen wird. Auch der Wunsch nach einer nachhaltigen Mobilität ist wohl unbestritten. Man soll aber nicht noch mehr Zeit aufwenden, um noch mehr Planungen durchzuführen. Man sollte nun handeln. Beispielsweise wurden am runden Tisch Ideen diskutiert. Diese sollten umgesetzt werden. Die Studien, die Stadtpräsident Otto Müller erwähnt hat, sind wirkungsvoller. Priorität haben diese Massnahmen, die zum grössten Teil unbestritten sind. Beispiele dafür sind die Umsetzung einer echten Begegnungszone im Stadtgebiet oder das Postulat von Cécile Mounoud für eine rasche Festlegung der Linienführung der Limmattalbahn. Wichtig ist ausserdem die Zusammenarbeit mit dem Kanton zur Verkehrsverflüssigung auf der Mutschellenstrasse und für die S-Bahnstation Silbern.

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

*Samuel Spahn (GP)* meint, dass man sich in vielen Punkten einig ist. Man sollte nun handeln. Nur weil ein weiteres Papier unterschrieben wird, ist noch nicht mehr umgesetzt. Die Charta ist ein Element, damit man auch gemeinsam auf nationaler Ebene etwas unternehmen kann. Samuel Spahn ist mit den Aussagen von Stadtpräsident Otto Müller nicht einverstanden. Wenn Massnahmen in Zürich bezüglich Verkehr Nachteile für Dietikon haben, dann muss man dringend gemeinsam nach Lösungen suchen. Die Limmattalbahn ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. In letzter Zeit kümmert man sich stark um Projekte in der Peripherie der Stadt, z. B. im Gebiet SLS oder im Limmattfeld. Das Verkehrskonzept im Zentrum existiert schon lange, passiert ist aber nicht viel. Der begrenzte Strassenraum soll prioritär für den öV zur Verfügung stehen. Wenn man in einer Partei ist, in der der Privatverkehr sehr hoch gehalten wird, ist das schwierig. Das Auto hat in unseren Verkehrskonzepten einen viel zu hohen Stellenwert. Das Velo oder allgemein der Langsamverkehr wird dadurch benachteiligt. Man kann vielleicht auf eine Charta verzichten. Der wichtigste Grund für eine Überweisung ist jedoch, dass man mit anderen Städten am gleichen Tisch sitzt. Samuel Spahn unterstützt die Überweisung.

*Rolf Steiner (SP)* stellt fest, dass offenbar niemand so gut ist, wie wir in Dietikon. So tönen jedenfalls die Äusserungen von Stadtpräsident Otto Müller und von anderen Fraktionen. Wir haben grosse Aufgaben im Bereich Infrastruktur zu lösen. Es ist unverständlich, wenn wir uns nicht mit anderen zusammenschliessen. Die Unterzeichnung der Charta wäre kein Widerspruch zu einem kommunalen Vorgehen. Das Mitmachen hilft, für Lösungen, die wir suchen, auch Akzeptanz zu finden. Ob die Stadtbahn Limmattal akzeptiert wird, ist noch nicht klar. Der Aufwand für die Unterzeichnung der Charta ist nicht gross, aber der Effekt in der Öffentlichkeit lohnt sich.

## **Abstimmung:**

Der Gemeinderat beschliesst mit 23: 10 Stimmen:

Das Postulat von Peter Wettler und 5 Mitunterzeichnenden betreffend Verkehrs-Charta wird nicht überwiesen.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 21 ff. Verwaltungsrechtspflegengesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Peter Wettler, Rosenstrasse 44, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

## **V2.24.1. Bremgarten-Dietikon-Bahn**

### **Schienezustand der Bremgarten-Dietikon-Bahn**

Postulat

Martin Romer, Mitglied des Gemeinderates, und 16 Mitunterzeichnende haben am 4. November 2010 folgendes Postulat eingereicht:

*"Ich fordere den Stadtrat auf, schnellstmöglich bei der Direktion der Bremgarten-Bahn-Dietikon (BDWM) vorstellig zu werden. Er soll bewirken, dass die Schienenstränge in der Bremgartnerstrasse, im Abschnitt Haltestelle Schöneeggstrasse bis Kirchplatz, saniert werden. Es sollen die Lärm-*

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

*immissionen und insbesondere die Erschütterungen, welche durch die Bahn verursacht werden, mit geeigneten Sanierungsmassnahmen auf ein für die Anwohner erträgliches Mass gesenkt werden.*

*Die Lautstärke und die Erschütterungen beim Vorbeifahren der BDB war bis anhin stets eine Auflage, welche diverse Anstösser auf dem Gemeindegebiet Dietikons, insbesondere im Abschnitt Haltestelle Schöneggstrasse bis Kirchplatz, nicht eben mit einem Freudenschrei über sich ergehen liessen.*

*Der schlechte Zustand des Gleiskörpers und der Einsatz der neuen Triebzüge führen dazu, dass die Lärmbelastung und vor allem die Intensität der Erschütterungen erheblich zugenommen haben. In jüngster Zeit sind Reklamationen von Liegenschaftseigentümern, Mietern und Geschäftstreibenden an der Tagesordnung. Die intensiven Erschütterungen, zum Beispiel, geben den Bewohnern und Kunden im Bereich Bremgartnerstrasse 1 das Gefühl, von einem kleinen Erdbeben heimgesucht zu werden. Hält man sich auf der Strasse auf, beim Vorbeifahren der BDB, muss ein Gespräch unterbrochen werden, da der Lärmpegel dergleichen hoch ist, dass man sein eigenes Wort nicht mehr versteht. Lärm- und Erschütterungsmessungen würden sicherlich die unhaltbaren Gegebenheiten aufzeigen.*

*Öffentliche Verkehrsmittel und deren Nutzung sind zu begrüssen - wenn allerdings die Gegebenheiten in Sachen Lärm und Erschütterungen das aktuelle Mass annehmen, ist dringend Handlungsbedarf angezeigt."*

Mitunterzeichnende:

Philipp Müller  
Ueli Bayer  
André Arnet  
Cécile Mounoud  
Rochus Burtscher  
Max Wiederkehr

Lucas Neff  
Angela Gullo  
Catherine Peer  
René Stucki  
Rosmarie Joss

Peter Wettler  
Rolf Steiner  
Ernst Joss  
Roger Bachmann  
Irene Wiederkehr

**Begründung:**

*Martin Romer (FDP) erläutert, dass die öffentlichen Verkehrsmittel und deren Nutzung grundsätzlich zu begrüssen sind. Wenn allerdings die Bahn eine Lärm- und Schüttelbahn ist, sollte die BDWM etwas dagegen unternehmen. Einem Bericht in der Limmattaler Zeitung konnte kürzlich entnommen werden, dass Reklamationen eingegangen seien, die Bahn sei zu leise. Die Bahnleitung hat erklärt, dass keine Sanierung vorgesehen ist, denn die Schienen seien erst zehnjährig. Tatsächlich wurden bisher aber noch keine Dezibelmessungen durchgeführt. Gemäss BDWM bestand dazu bis jetzt kein Anlass. Solche Resultate könnten möglicherweise beim kantonalen Tiefbauamt Zürich angefordert werden, welches im letzten Jahr eine Firma beauftragte, in der Stadt Dietikon Lärmmessungen an Staatsstrassen durchzuführen. Für die Liegenschaft Bremgartnerstrasse 1 wurde dabei beispielsweise festgestellt, dass der Alarmwert gemäss Lärmschutzverordnung (LSV) überschritten ist. Als Massnahmen kämen bei diesem Gebäude möglicherweise Schallschutzfenster und evtl. Schalldämmlüfter in Frage. Möglicherweise wird vom kantonalen Bauamt irgendwann auch die Bahn genauer untersucht.*

*Nebst dem Lärm sind auch die Erschütterungen zu beanstanden. Die Bahn holpert förmlich über die Schienen. Mutmasslich sind dadurch längerfristig Fassadenschäden zu beklagen. Die Erschütterungen greifen förmlich in das Fundament einer Liegenschaft und pflanzen sich via Grundmauern bis zum Dach fort. Trinkgläser klirren und Scheiben vibrieren. Das Postulat, welches von Mitgliedern aus sechs von sieben Parteien unterzeichnet wurde, stellt eine Reklamation dieser Zustände dar. Für die Anwohner, welche sich täglich und sieben Tage in der Woche diesen Im-*

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

missionen aussetzen müssen, scheinen die Schienen lange genug im Einsatz zu sein, um saniert werden zu müssen. Der Stadtrat wird deshalb gebeten, schnellstmöglich bei der Direktion der BDWM vorstellig zu werden, damit im Abschnitt Haltestelle Schöneeggstrasse bis Kirchplatz der Schienenkörper bezüglich Lärmmissionen und Erschütterungsintensität saniert wird.

*Stadtpräsident Otto Müller* stellt fest, dass der Handlungsbedarf gegeben ist. Der Stadtrat hat, weil die Angelegenheit wirklich dringend ist, dieses Mal einen anderen Weg für die Abklärungen gewählt. Man kann die Antwort bereits heute geben und vermeidet damit, dass eine Erklärung erst in vier bis fünf Monaten folgt. Die Abklärungen vor Ort erfolgten bereits. Dabei wurde festgestellt, dass sich die Schienen in einem schlechten Zustand befinden. Auch die Strasse weist Schäden auf. Die Schienen weisen insbesondere vor dem Kino und dem Kiosk horizontale Wellen auf, die den Lärm verursachen. Vor sieben Jahren wurden sie letztmals abgeschliffen. Die Riffeln entstehen durch Vibrationen, vor allem wenn die Bahn abrupt halten muss. Die neuen Züge sind rund sechs Tonnen schwerer. Es ist die Fahrweise und der schlechte Untergrund, welche den bekannten Zustand erzeugen. Vor 17 Jahren sind die Schienen in Beton eingelassen worden. Heute würde man zusätzlich eine Isolation zwischen Beton und Schiene einbauen. Links und rechts der Schiene sind an vielen Stellen Risse im Asphalt zu erkennen. Folgende Massnahmen werden relativ bald umgesetzt:

- Lärmmessungen erfolgen anfangs Januar 2011 zu allen Tageszeiten und an verschiedenen Orten.
- Im Frühling wird der Bahnbetrieb zwei Tage lang eingestellt. Die Schienen werden blank geschliffen. Es ist danach mit einer deutlichen Lärmreduktion zu rechnen. Weil die Strasse dann gesperrt sein wird, werden gleichzeitig beidseits der Schienen bitumenartige Fugen eingesetzt. Daumengrosse Dilatationsfugen sollen sich positiv auf den Lärm auswirken.
- Ebenfalls im Frühling werden erneut Lärmmessungen durchgeführt.
- Als kurzfristige Massnahme, welche die Stadt gefordert hat, müssen die Lokomotivführer gleichmässiger und vorsichtiger fahren. Die BDWM erlässt eine entsprechende Weisung.
- Schliesslich werden im Januar Bahnsicherungsanlagen eingesetzt. Die technischen Installationen sind bereits ausgeführt. Das wird zu weniger gefährlichen Situationen führen.

Die Sanierung der Strasse ist vorderhand kein Thema, weil die Linienführung der Limmattalbahn noch nicht abschliessend geklärt ist.

## **Diskussion:**

*Rosmarie Joss (SP)* stellt fest, dass es schön ist, dass alle Parteien ausser der EVP das Postulat unterschrieben haben. Man sieht, dass damit ein berechtigtes Anliegen aufgenommen wurde. Die Antwort würde man jedoch gerne schriftlich erhalten. Mit der Überweisung des Postulates hat der Stadtrat für die Beantwortung ein halbes Jahr Zeit. Währenddessen wären offenbar einige Sanierungsmassnahmen bereits erledigt. Der Stadtrat könnte also in seiner Antwort auch auf das bereits Umgesetzte eingehen und gleichzeitig die Resultate präsentieren. Das Parlament sollte ernst genommen werden, wenn eine solche Eingabe vorliegt.

*Martin Romer (FDP)* erklärt, dass es keineswegs so ist, dass er dem Stadtrat bzw. dessen Antwort nicht glaubt. In sieben Jahren wurde aber ohne Druck leider nichts unternommen. Darum soll die Antwort nun schriftlich erfolgen. Martin Romer bittet um Überweisung des Postulates.

## **Abstimmung:**

Der Gemeinderat beschliesst mit 34: 1 Stimmen:

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

Das Postulat von Martin Romer und 16 Mitunterzeichnenden betreffend Schienenzustand der Bremgarten-Dietikon-Bahn wird an den Stadtrat überwiesen.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 21 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Martin Romer, Vorstadtstrasse 58, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

### **S3.13. Strassenbeleuchtung**

#### **Sicherheit unter Autobahnbrücke**

Postulat

Thomas Wirth, Mitglied des Gemeinderates, und 10 Mitunterzeichnende haben am 4. November 2010 folgendes Postulat eingereicht:

*"Der Stadtrat wird ersucht, sich auf dem Rollschuhplatz Brunau an der Schöneeggstrasse aus Sicherheitsgründen für eine Nachtbeleuchtung einzusetzen.*

*Begründung:*

*Der Rollschuhplatz Brunau unter der Autobahnbrücke ist regelmässig Treffpunkt von Jugendlichen. Sie halten sich nachts im Dunkeln auf, da der grösste Teil des Platzes nicht (bzw. nur an Rollsport-Anlässen) beleuchtet ist. Es gibt öfters Lärmbelästigungen bis in die frühen Morgenstunden, Verunreinigungen durch Abfall und Urinieren sowie Sachbeschädigungen, auch in Zusammenhang mit dem nahen Schulhaus Luberzen. Drogen sind immer wieder ein Thema. Es finden zwar regelmässig Polizeipatrouillen statt, die aber nur geringe Wirkung haben.*

*Selbstverständlich sollten Jugendliche die Möglichkeit haben, sich unter der Autobahnbrücke aufzuhalten, da es sich um einen zentralen, öffentlichen Platz handelt. Mit einer nächtlichen Beleuchtung könnten aber die unerwünschten Nebenerscheinungen eingedämmt, fehlbare Jugendliche besser erkannt und dem Platz allgemein eine Auffrischung verpasst werden."*

Mitunterzeichnende:

Angela Gullo  
Catherine Peer  
Julia Neuenschwander  
Lucas Neff

Samuel Spahn  
Adrian Larcher  
Rosmarie Joss

Peter Wettler  
Rolf Steiner  
Ernst Joss

**Begründung:**

*Thomas Wirth (EVP) erklärt, dass der grosse überdeckte Platz bei der Autobahn von Jugendlichen gerne genutzt wird, was auch gut ist. Ab Mitternacht gibt es dort jedoch eine Ansammlung von Leuten, die immer wieder Lärm verursachen und Passanten anpöbeln. Auch Drogen sind immer wieder ein Thema. Es geht nicht um eine totale Überwachung des Platzes, sondern darum, dass Passanten Angst haben, dort vorbeizugehen. Der Platz ist unter anderem zu wenig beleuchtet. Die*

11. Sitzung vom 9. Dezember 2010

Gefahr ist gross, dass in der Dunkelheit Drogen umgesetzt und Sachbeschädigungen verübt werden. Dunkelheit zieht erfahrungsgemäss dunkle Gestalten an. Wenn man in Dietikon einen oder mehrere gefährliche Plätze duldet, schaffen wir uns früher oder später grössere Probleme.

## Diskussion:

*Stadtpräsident Otto Müller* stellt fest, dass es primär um die Sicherheit beim Rollschuhplatz unter der Autobahn geht. Der Rollschuhplatz wird gerne benützt. Die Stadt wird nächstes Jahr Ordnung schaffen. Das betrifft die Beleuchtung und das Entfernen von Sprayereien an den Wänden und Pfeilern. Unter der Autobahn gibt es sechs Leuchten. Man kann jeweils zwei miteinander oder alle gleichzeitig einschalten. Die Beleuchtung die ganze Nacht brennen zu lassen, ist aber keine ideale Lösung. Der Werkhof hat die Angelegenheit bereits geprüft. Man kann zwischen die Säulen einen Kandelaber stellen. Die Kosten dafür belaufen sich auf ca. Fr. 5'000. Entsprechende Massnahmen werden im nächsten Jahr realisiert.

*Angela Gullo (SP)* erklärt, dass die SP-Fraktion aus mehreren Gründen begrüsst, wenn die Beleuchtung verbessert wird. Mit einer kleinen Massnahme kann man eine grosse Wirkung erzielen. Der Rollschuhklub benützt den Platz regelmässig. Jeder kleine Stein auf dem Platz kann zu einem Sturz führen. Auch Scherben sind eine erhebliche Gefahr. Ein beleuchteter Platz wird ausserdem nicht als Abfallplatz benützt. Unbeleuchtete Anlagen verführen hingegen geradezu zu Littering. Die Dietiker Jugend hat grundsätzlich zu wenig Platz. Wenn der Platz besser beleuchtet wäre, könnte er noch vermehrt benützt werden. Die SP unterstützt das Postulat.

*Lucas Neff (Grüne)* meint, dass der Platz eine Restfläche darstellt, die zufällig in einem städtischen Gebiet liegt, das sich zufällig unter einer Autobahnbrücke befindet. Die Mauern gegen die Zürcherstrasse halten den Lärm ausserdem etwas ab. Weil dieser Platz von Rollschuhfahrern benützt wird, braucht man etwas Licht. Der Raum sollte jedoch auch noch etwas mehr Qualität haben. Vielleicht müsste dafür ein etwas grösserer Betrag, z. B. Fr. 10'000 eingesetzt werden.

## Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit 20 : 15 Stimmen:

Das Postulat von Thomas Wirth und 10 Mitunterzeichnenden betreffend Sicherheit unter Autobahnbrücke wird nicht überwiesen.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 21 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Thomas Wirth, Luberzenstrasse 9, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

*Stadtpräsident Otto Müller* und *Ratspräsident Werner Hogg* wünschen den Mitgliedern des Gemeinderates eine schöne Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr. Ausserdem bedanken sie sich für die gute Zusammenarbeit.

**Schluss der Sitzung: 21.25 Uhr**

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

Werner Hogg  
Präsident

Daniel Müller  
Sekretär

Adrian Larcher  
Stimmzähler

Irene Wiederkehr  
Stimmzählerin

Stephan Wittwer  
Stimmzähler